

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: **Hindenburg 4196/4198**



Adresse für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belfort-Platz 8
Drahtanschrift: Copalton

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung gestattet. Abdruck ist verboten, wenn nicht anders vermerkt ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Juni 1931

Intern. Post
des. Geschiedenis
Amsterdam

Gegen die Notverordnung!

Die Entscheidung unserer Reichstagsfraktion.

SPD. Mit der ungeheuren Volksmehrheit ist die Sozialdemokratie gegen den einseitig unsozialen Charakter der Brüning'schen Notverordnung. Die deutsche Arbeiterpartei muss alle Möglichkeiten erwägen und alle Wege beschreiten, die zu einer Verbesserung der Notgesetze zugunsten des Arbeitervolks führen können. Ziel dieser Politik bleibt, schliesslich die Notverordnung ganz aufzuheben und an ihre Stelle die ordentliche Gesetzgebung zu bringen, die eine starke Berücksichtigung der berechtigten Massenforderungen ermöglicht.

Die Notverordnung bleibt für immer, ja sie wird noch verschärft, wenn der zähe Wille des deutschen Monopolkapitalismus und der mit ihm verbündeten gross-agrarischen Schichten die Eroberung aller staatlichen Machtpositionen im Reich und in Preussen erreicht, um sie und alle Bürgerkriegshorden gegen die Arbeiterklasse einsetzen zu können. Diese Gefahr war in den letzten Stunden auf Millimeternähe herangerückt. Die Festigkeit und die Klarheit der Sozialdemokratie hat die Verfechter der hochkapitalistisch-faschistischen Diktatur wieder einmal zurückgedrängt.

Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landvolk, bis zum Unfall auch Teile der Deutschen Volkspartei wollten die Einberufung des Reichstages. Mit Hilfe der Kommunisten wollten sie in wilden Reichstagsitzungen dem deutschen Parlamentarismus den Rest geben. Mit Hilfe der Kommunisten wollten sie die jetzige Notverordnung aufheben, um dann am Ende einer unabsehbaren Staatskrise durch eine brutale Rechtsregierung allen sozialen und politischen Rechten des deutschen Arbeitervolkes den Todesstoss zu versetzen. Zu diesem Zweck war ihnen alles recht: Weiterer Wirtschaftsruin, Gefährdung der Währung, Einstellung der Zahlungen im Reich, Staat und Gemeinden. Aus dem Durcheinander glaubten sie, ihren neuen autokratischen Staat gegen ein geschwächtes und ausgeblutetes Volk schaffen zu können.

Darum hat die Sozialdemokratie die Einberufung des Reichstages im gegenwärtigen Augenblick abgelehnt. Sie reiht sich nicht in die Front der Frick, Hungerberg und Thälmann ein, um einer tollen Entwicklung die Bahn zu öffnen, die noch mehr Hunger und Verzweiflung über die gequälten Volksmassen bringt. Die Sozialdemokratie will nicht Parlamentskrach und Staatskrise, sondern Hilfe für das Volk.

Eine Mehrheit der Fraktion glaubte, dass die sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses zu einer bessernden Abänderung der Notverordnung und zu einer Lösung der schweren politischen und finanziellen Vertrauenskrise führen würde. Der Reichskanzler zeigte sich von geringer Beweglichkeit und als schlechter Psychologe, als er zunächst diese sozialdemokratische Forderung glatt ablehnte. Er und sein Kabinett kündigten Rücktritt auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses an. Nationalsozialisten und Deutschnationale im Ältesten-Ausschuss spitzten die Ohren: "Also hat sich die Regierung festgefahen. Nun mit den Sozialdemokraten für die sofortige Einberufung des Haus-

haltausschusses stimmen, denn auch dann kommen wir zu dem ersehnten Ziele eines Regierungssturzes und einer Eröffnung der schwersten Staatskrise".

Zum Glück aber zeigte sich unsere Fraktion manövrierfähiger als der Kanzler. Sie verfolgte in bewegten und aufregenden Stunden mit fester Konsequenz ihre Taktik, sich nicht auf die Linie Hugenberg drängen zu lassen, sondern den Weg zu Verbesserungen der Notverordnung freizumachen. Unsere Unterhändler Wels, Breitscheid und Hilferding gingen nicht von dem Willen ab, den Kanzler zu einer besseren Einsicht zu bringen. Es gelang. Zwar unvollkommen, aber doch soweit, dass erste Abschwächungen des Notgesetzes zugesagt wurden. Vor allem aber, dass sich der Reichskanzler bereit erklärte, alsbald Verhandlungen mit uns zu führen, ja auch der demnächstigen Einberufung des Haushaltsausschusses zuzustimmen. Das ist gewiss noch nicht viel, aber es ist doch eine Grundlage, gegen die schlimmsten Bestimmungen der Notverordnung weiter anzukämpfen. Nie werden wir uns mit dieser ganzen Notverordnung abfinden. Sie muss geändert werden. Nicht nur die Volksstimmung, auch Wirtschaft und Finanzen erfordern es.

Für manche wird die Haltung unserer Fraktion nicht leicht verständlich sein. Sie mögen sich folgende einfache Erwägung vorlegen: mit der jetzigen Regierung, so schlecht sie immer sein mag, können wir noch zugunsten der Volksmassen auf Verbesserung des Notgesetzes verhandeln. Mit der nach ihr folgenden Rechts- oder Militär-Regierung hört jedes Verhandeln auf. Sie wird rücksichtslos gegen die Arbeitermassen diktieren und deren Stimme überhaupt nicht mehr hören. Gewiss mag das nur ein vorübergehender Zustand sein, aber wir haben diesen rohen Machthabern dann alle Machtapparate und alle Waffen des Staates ausgeliefert und dürfen uns nicht wundern, wenn sie erbarmungslos gegen die sich aufbäumenden Massen angewendet werden.

Die Sozialdemokratie hat den unmittelbaren Zusammenbruch abgewendet. Wenigstens hat sie dadurch das Kümmerliche an Löhnen und Renten noch gerettet, was auch zu Bruch gegangen wäre, wenn im Strudel der Staatskrise die öffentlichen und zahllose private Kassen und Unternehmungen ihre Zahlungen hätten einstellen müssen.

Es ist ein rettender Akt auf Frist. Mehr nicht. Das wissen wir. Die Reichsregierung und die Parteien, soweit sie überhaupt noch rettende Politik wollen, haben noch einmal eine Chance bekommen. Ob sich innenpolitisch und außenpolitisch, wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch die Führer und die Massnahmen finden, die diese Frist zu gewaltiger Arbeit nützen können - darauf kommt jetzt alles an.

Die Sozialdemokratie ist ebenso stark an Verantwortungsbewusstsein wie an Kampfkraft. Sie ist nicht für Brüning, aber sie verbündet sich noch weniger mit den zerstörenden Mächten des Dreibundes Hitler, Hugenberg und Thälmann. Die Sozialdemokratie geht ihren eigenen Weg. Dieser Tag hat es wieder klar bewiesen. Sie kann auf diesem Weg vorübergehende Verluste erleiden von armen, tief bedrückten und seelisch zermürbten Menschen, denen die Last zu schwer geworden ist, die ihnen auferlegt worden ist. Die besten, mutigsten und klügsten Kadere der deutschen Arbeiter werden trotz allem mit uns marschieren und die Wendung vorbereiten, die das deutsche Arbeitsvolk wieder im Angriff sieht.

Wilhelm Sollmann.

SPD. Der Reichspräsident, der in Anbetracht der inzwischen geklärten zugespitzten politischen Lage am Mittwoch Vormittag von Neudeck nach Berlin zurückkehren wollte, hat diese Absicht nach dem Beschluss des Aeltestenrates vom Dienstag Abend aufgegeben. Er bleibt bis auf weiteres zur Erholung auf seinem Gutssitz in Neudeck.

SPD. Karlsruhe, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Parteiausschuss der Sozialdemokratie Badens lehnte am Dienstag die Erweiterung der aus Zentrum und Sozialdemokratie bestehenden badischen Regierungskoalition durch die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei mit grosser Mehrheit ab. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte sich für die Einbeziehung der Volkspartei in die badische Regierung erklärt.

SPD. Am Dienstag herrschte im Reichstag wieder einmal Hochspannung. Die Sozialdemokratie trat bereits vormittags um 9 Uhr zusammen. Ausserdem tagten die Fraktionen der Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Landvolks und der Staatspartei. Vom Zentrum war der Fraktionsvorstand präsent. Das Ergebnis der langen, wiederholt unterbrochenen Verhandlungen war, dass der Aeltestenrat die Einberufung des Reichstags und die des Haushaltsausschusses ablehnte.

In der Vormittagssitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die kurz nach 12 Uhr wegen des Zusammentritts des Aeltestenrats unterbrochen wurde, erstattete der Fraktionsführer Dr. Breitscheid zunächst Bericht über die letzten Verhandlungen mit der Regierung. Inzwischen hatte die Regierung wissen lassen, dass sie auch für den Fall einer Einberufung des Haushaltsausschusses zurücktreten werde. Dieser Beschluss war auf Vorschlag des Reichskanzlers einstimmig gefasst worden. Als das Kabinett diesen Beschluss fasste, war die Einberufung des Reichstags bereits nicht mehr akut. Man diskutierte deshalb auch in der Sozialdemokratischen Fraktion hauptsächlich darüber, ob es angebracht sei, die Einberufung des Haushaltsausschusses zu fordern, um auf diese Weise die härtesten Bestimmungen der Notverordnung auszumerzen oder zu mildern. Die Einberufung des Reichstags wurde von der Sozialdemokratischen Fraktion mit grosser Mehrheit abgelehnt. Die Stimmung für die Einberufung des Haushaltsausschusses war jedoch ausserordentlich stark. Um die Mittagszeit vertagte sich die Fraktion auf 3 Uhr nachmittags.

Am Anschluss an die Vormittagssitzung der Sozialdemokratischen Fraktion trat der Aeltestenrat zusammen. Er lehnte die Anträge der Links- und Rechtsradikalen auf Einberufung des Reichstags ab. Da die Volkspartei am Vormittag ihren Beschluss vom Donnerstag auf Einberufung des Reichstags mit 18 gegen 9 Stimmen in ihr Gegenteil verkehrt hatte, stand das Ergebnis der Abstimmung im Aeltestenrat von vornherein fest. Es stimmten für die Einberufung die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und die Landvolkpartei. Alle anderen Parteien sprachen sich gegen den Zusammentritt des Parlaments aus. Anschliessend stand ein Vorschlag der Sozialdemokratie auf Einberufung des Haushaltsausschusses zur Debatte. Die Deutschnationalen liessen erklären, dass sie Verhandlungen des Haushaltsausschusses für zwecklos betrachteten und sie deshalb kein Interesse an derartigen Beratungen hätten. Die Wirtschaftspartei liess eine ähnliche Erklärung abgeben. Auch die Nationalsozialisten erklärten sich zunächst an Beratungen im Haushaltsausschuss für desinteressiert. Die Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag wurde schliesslich auf nachmittags 6 Uhr vertagt.

Die Einberufung des Haushaltsausschusses rückte unterdessen wegen der Haltung der Regierung, die sich immer noch nicht zu Zugeständnissen an die Sozialdemokratische Fraktion entschliessen konnte, immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit. Die Führer der Sozialdemokratischen Fraktion nahmen deshalb in den ersten Nachmittagsstunden nochmals Gelegenheit, dem Reichskanzler die Situation vor Augen zu führen und ihn insbesondere auf die Stimmung innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion aufmerksam zu machen. Wiederum erklärte sich der Reichskanzler gegen die Einberufung des Haushaltsausschusses. Zugeständnisse wurden jedoch u.a. hinsichtlich der Versorgung der Jugendlichen unter 21 Jahren, der Saisonarbeiter und der Gemeindearbeiter gemacht. Von allem Anfang an hatte die Sozialdemokratie auf Konzessionen in diesen Fragen entscheidenden Wert gelegt.

In ihrer Nachmittags-sitzung nahm die Sozialdemokratische Fraktion das Ergebnis der mittags mit der Regierung geführten Verhandlungen zur Kenntnis und setzte dann die Debatte fort. Die endgültige Entscheidung rückte immer näher, als der Reichskanzler die Abgeordneten Wels und Breitscheid wissen liess, dass er zu einer weiteren Konzession bereit. Er liess erklären, dass er Anfang August über die "notwendigen Änderungen" der Notverordnung verhandeln wolle und dann auch mit der Einberufung des Haushaltsausschusses einverstanden sei. Die Zusage hinsichtlich der Erwerbslosen unter 21 Jahren, die entgegen den Bestimmungen der Notverordnung nach wie vor unterstützt werden, soll nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers ab sofort erfüllt werden. In Anbetracht der Zusagen des Reichskanzlers sah sich die Sozialdemokratische Fraktion im letzten Stadium der Verhandlungen vor eine neue Situation gestellt. Die grosse Mehrheit beschloss unter den obwaltenden Umständen, das Angebot der Reichsregierung anzunehmen und der Einberufung des Haushaltsausschusses nicht zuzustimmen.

Um 18 1/4 Uhr trat der Ältestenrat wieder zusammen. In der Zwischenzeit hatten die Rechts- und Linksradi-kalen beschlossen, ihre Taktik vom Vormittag zu ändern und für die Einberufung des Haushaltsausschusses zu stimmen. Sie waren zu diesem Entschluss gekommen, nachdem der Staatssekretär der Reichskanzlei in der Mittags-sitzung des Ältestenrats ohne zwingenden Grund erklärt hatte, dass die Regierung auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses zurück-treten werde. Unter Bezugnahme auf diese Erklärung stellte der Kommunist Torgler in der Sitzung des Ältestenrats den Antrag auf Einberufung des Haushaltsaus-schusses. Nicht, wie er erklärte, weil die Kommunisten die "Illusion" haben, dass in diesem Ausschuss an der Notverordnung irgend etwas geändert würde, son-dern um auf diesem Wege den Sturz der Regierung zu erreichen. Die Deutschnatio-nalen und Nationalsozialisten schlossen sich der Erklärung ihrer Wegbereiter an. Die Abstimmung ergab, dass nur die Links- und Linksradi-kalen für die Einberu-fung des Haushaltsausschusses waren. Alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

So hat die zugespitzte innen- und aussenpolitische Lage Deutschlands im letzten Augenblick eine Entspannung erfahren. Jetzt liegt es bei der Regierung Brüning, ihr Wort schnellstens einzulösen.

SPD. Wien, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Die österreichische Regierung ist am Dienstag nachmittag zurückgetreten. Die Verhandlungen zur Neubildung der Regierung werden am Mittwoch beginnen.

Dem Rücktritt des Gesamtkabinetts ging die Demission des Innenministers, des Landbündlers Winkler, voraus. Winkler begründete seinen Rücktritt damit, dass der Finanzminister gegenüber den ausländischen Kreditgebern eine Haftung für 80 Millionen Dollar übernommen habe.

SPD. Der am Dienstag von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit grosser Mehrheit gefasste Beschluss hat folgenden Wortlaut:

"Nachdem die Regierung sich zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung der Notverordnung bereit erklärt hat, nimmt die Sozialdemokrati-sche Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses angesichts der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand."

Von dem Büro der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird zu dem Be-schluss noch folgendes mitgeteilt: "Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion war am Dienstag den ganzen Tag über im Reichstag versammelt, um zu den Anträgen auf Einberufung des Reichstags Stellung zu nehmen. Zunächst wurde beschlossen, die Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstages zu verlangen, um dort die Möglichkeiten der Verbesserung der Notverordnung zu prüfen. Nach der ersten Sitzung des Ältestenrats um 12 Uhr gab der Reichskanzler den Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion Erklärungen zur Notverordnung ab, aus denen hervor-ging, dass die Reichsregierung bereit ist, bei den Ausführungsbestimmungen für

die Milderung von Härten Sorge zu tragen. von entscheidender Bedeutung für die Haltung der Sozialdemokratischen Fraktion war eine weitere Erklärung des Reichskanzlers, er sei bereit, unter der Voraussetzung, dass das finanzielle Gesamtergebnis nicht gefährdet werde, die Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Fraktion fortzusetzen. Er sei auch gewillt, im gegebenen Zeitpunkt der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags zuzustimmen und an seinen Arbeiten mitzuwirken."

SPD. Stuttgart, 16. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag stiessen in Stuttgart zwei Strassenbahnzüge zusammen. 20 Personen wurden verletzt.

Das Unglück ereignete sich auf einer abschüssigen Strecke in der Wilhelmstrasse. Der von hinten angefahrene Anhänger des einen Zuges wurde auf seinen Motorwagen heraufgeschoben. Ueber die Ursache des Unfalls verlautet, dass bei dem von obenher auf den Anhängerwagen aufgefahrenen Zug die Bremsen versagt haben soll.

SPD. Prag, 16. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag wurde in einem besonderen Ausschuss des Abgeordnetenhauses über eine Korruptionsaffäre verhandelt, wie sie die Tschechoslowakei bisher nicht gekannt hat.

Der ehemalige Eisenbahnminister und stellvertretende Ministerpräsident Georg Stribrny, Führer der faschistischen nationalen Liga, wurde vom nationalsozialistischen Abgeordneten Stransky beschuldigt, sich und seine Verwandten während seiner Amtszeit bereichert zu haben. Am 6. März wurde ein 24 gliedriger parlamentarischer Ausschuss eingesetzt, der den Fall untersuchen sollte. Dieser Ausschuss, dessen Obmann der Agrarier Stefanek und dessen Referent der Sozialdemokrat Koudelka sind, hat seine Arbeiten beendet. Er tagte am Dienstag zur Entgegennahme eines Berichts von früh bis abends. Aus dem Bericht des Referenten geht hervor, dass durch Protokolle des Eisenbahnministeriums, durch Geschäftsbücher verschiedener Firmen und durch Zeugen- und Sachverständigenaussagen der Beweis über die Korruption Stribrny erbracht ist.

Stribrny bediente sich bei seinen Geldgeschäften seines Bruders als Mittelsperson, der bei den einzelnen Firmen gut eingeführte Agenten unterhielt. In dieser Weise verdiente Stribrny mit seinem Bruder in verhältnismässig kurzer Zeit über 20 Millionen tschechischer Kronen an Provisionen für Kohlenlieferungen, die von den Kohlenfirmen gezahlt werden mussten, wenn sie Staatsaufträge erhalten wollten. Das Geld deponierte Stribrny auf fingiertem Namen bei einer Bank. Während des Kohlenarbeiterstreiks im August 1923 verkaufte er minderwertige böhmische Braunkohle als teure englische Kohle. Er tat dies in der Weise, dass sein Bruder aus der ihm gehörenden Grube, in der nicht gestreikt wurde, Kohle nach Oesterreich sandte, von wo sie als englische Kohle deklariert nach Böhmen zurücktransportiert wurde. Im Jahre 1920 kaufte Stribrny durch Vermittlung eines Prager Uhrmachers 2600 Lastwaggons in Deutschland.

Der Untersuchungsausschuss beantragte wegen dieser und anderer Korruptionsaffären, gegen Stribrny ein Strafverfahren einzuleiten. Stribrny gibt an, dass er das Geld nicht für sich, sondern für die Nationalsozialistische Partei verwandt habe. Er ist heute nicht mehr Mitglied dieser Partei.

SPD. Paris, 16. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag nachmittag wurde in der Kammer von dem Ministerpräsidenten und im Senat von dem Justizminister die Botschaft des Präsidenten Doumer an das Parlament verlesen.

In der Botschaft, die in der Kammer an einigen Stellen von dem Beifall der Rechten und der Mitte unterbrochen wurde, betont Doumer, dass er mit dem Parlament an der Aufrechterhaltung und Vervollkommnung der demokratischen Einrichtungen und besonders des freien Schulunterrichts arbeiten werde, der es allen befähigten Kindern ohne Ausnahme ermöglichen solle, die Stufen der sozialen Leiter zu ersteigen. Inbezug auf die Aussenpolitik sei zur Lösung aller Streitfragen, die zwischen den Staaten auftauchten, ein Wille zur Einigkeit, Offenheit und Aufrichtigkeit notwendig. Frankreich verurteile die Geheimdiplomatie und trete für die offene Politik des Völkerbundes ein. Das sei das sicherste Mittel, um sich der Drohungen der zerstörenden Kräfte zu widersetzen und die Erschütterung der alten Zivilisation zu verhindern. Die wichtigste Aufgabe der Völker sei die Aufrechterhaltung und die Organisation des Friedens. Dieser Aufgabe habe Frankreich an erster Stelle zugestimmt. Sie lasse sich vollkommen in Einklang mit der Verpflichtung bringen, mit eigenen Mitteln das Leben des Landes, seine Sicherheit und seine Unabhängigkeit zu schützen.

Während sich der Senat nach Annahme einiger Gesetzentwürfe auf Donnerstag vertagte, beschloss die Kammer, in die sofortige Besprechung der gegen das Verbleiben Briands im Aussenministerium gerichteten Interpellation Franklin-Bouillons einzutreten. Franklin-Bouillon erklärte, die Zweideutigkeit der Politik des Kabinetts und der Regierungsmehrheit habe sich seit seiner letzten Interpellation noch verschlimmert. Die grosse Mehrheit der Kammer sei für Laval aber gegen Briand, dessen Politik nur zu Misserfolgen geführt habe. Mit dieser Zweideutigkeit, die für die Mehrheit ein wahrer Gewissenskonflikt sei, müsse endlich einmal Schluss gemacht werden. Kaum zehn Abgeordnete gebe es in der Kammer, die mit der Aussenpolitik Briands zufrieden seien. (Proteste links.) Man müsse also einmal den Mut haben, dies offen zu sagen. Das einzige aufrichtige Votum sei das von Versailles gewesen. Mehrere Minister hätten ihn und seine Freunde vor der Nationalversammlung aufgefordert, so zu stimmen, wie sie es auch getan haben. Auf die stürmischen Zwischenrufe einiger Sozialisten und Radikalen, welche diese Minister seien, antwortete Franklin-Bouillon unter grossem Beifall der Linken und heftigen Protesten der Rechten, die Minister Flandin, Tardieu und Maginot. Im übrigen, so erklärte er, hätte auch die Mehrheit des Kabinetts für Doumer gestimmt.

Der Redner kam dann wieder auf das eigentliche Thema zurück. Er versuchte mit denselben Argumenten, wie er es schon in früheren Reden getan hatte, zu beweisen, dass die Politik Briands nicht zum Frieden, sondern zum Kriege führe, da die deutschen Nationalisten durch die nachgiebige Haltung Frankreichs in ihren kriegerischen Absichten ermutigt würden. Wenn das französische Volk dies noch nicht eingesehen habe, so sei daran die "bezahlte und dekorierte Presse" schuld, die die Politik Briands rühme und ihren Lesern die Misserfolge dieser Politik verheimliche. Sogar Mitglieder der Regierung seien von dieser Schwärmerie für Briand erfasst. Sie erklärten ihm, dem Redner, oft, er habe Recht, aber sie könnten nicht gegen Briand stimmen. Zusammenfassend stellte der Interpellant fest, dass das Parlament seit drei Jahren immer erst hinterher über aussenpolitische Vorgänge unterrichtet worden sei, und dann auch nur in vollkommen entstellter Form. Er frage die Mehrheit, ob dieser Zustand weiter andauern solle. Seit vier Jahren gebe es eine nationale Mehrheit in der Kammer, aber selbst ihre Führer hätten mit allem, was sie getan haben, es nicht fertig gebracht, sie zu zertrümmern.

Im Anschluss an die Ausführungen Franklin-Bouillons wies der Abgeordnete Borel (Unabh. Linke) vom Standpunkt der Opposition aus auf die zweideutige Haltung der Regierungsmehrheit hin. Ein Mitglied der Regierungsmehrheit, der Linksrepublikaner Bonnevay, erklärte gegenüber Franklin-Bouillon, dass die Aussenpolitik Briands, wie aus zahlreichen Abstimmungen in der Kammer hervorgehe, von der Mehrheit gebilligt werde. Die Rede Briands in Gourdon sei eine patriotische und zugleich pazifistische Rede gewesen.

Als dann nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung der Kommunist Beaugrand zu Wort kam, aber anstatt zu der Interpellation zu sprechen, über den nordfren-

zösischen Textilarbeiterstreik reden wollte, wurden heftige Proteste laut. Der Lärm in der Kammer wurde so stark, dass der Kammerpräsident die Sitzung wieder unterbrechen musste. Beaugrand und der kommunistische Abgeordnete Duclos wurden zur Ordnung gerufen.

SPD, Warschau, 16. Juni (Eig.Drahtb.)

Der neue polnische Finanzminister Jan Pilsudski, der Bruder des Diktators, will die festgefahrene polnische Haushaltsbilanz mit drakonischen Mitteln wieder in Ordnung bringen. Er hat im Ministerrat eine Kürzung der Ausgaben um etwa 235 Millionen Mark durchgesetzt. Der polnische Ausgabenetat wird sich deshalb in Zukunft auf rund eine Milliarde Mark beziffern. Die erforderlichen Sparmaßnahmen will der Finanzminister vor allem in der Staats- und Kommunalverwaltung durchführen. In nächster Zeit sollen bereits 30 polnische Landkreise aufgelöst werden.

SPD, London, 16. Juni (Eig.Drahtb.)

Die in England drohende Regierungskrise ist aus der Welt geschafft. Als der am Montag vom Unterhaus durch eine Zufallsmehrheit angenommene Zusatzantrag zur Grundwertsteuer am Dienstag nachmittag in der Komiteeberatung des Unterhauses zur Sprache kommen sollte, erklärte der Vorsitzende des Komitees, dass die Ergänzung an der vorgesehenen Stelle nicht in das Gesetz eingefügt werden könne. Sie hätte sachlich zu einem früheren Teil des Gesetzes gehört. Die mit Spannung erwartete Abstimmung fiel deshalb aus.

In dem Streit zwischen Liberalen und der Regierung über das Grundwertsteuergesetz ist inzwischen nach schwierigen Verhandlungen eine Einigung erzielt worden.

SPD, Stuttgart, 16. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Wahlen zur württembergischen Ärztekammer ergaben im Bezirk Stuttgart einen Erdrutsch, der in unmittelbarem Zusammenhang mit den im Anschluss an die Vorgänge bei der Anklageerhebung gegen die Aerzte Dr.Friedrich Wolff und Frau Dr. Jakobowitz-Kienle erfolgten öffentlichen Erörterungen steht. Von den bisherigen 6 Vertretern des Wahlbezirksvereins erhielten nur 2 eine zur Wiederwahl ausreichende Stimmenzahl, der Orthopäde Dr.Lehr und Dr.Durst-Oberjörckheim. Mit überwältigender Mehrheit aus der Kammer herausgewählt wurde Sanitätsrat Dr.Neuhöfer, der die erste Anzeige gegen Frau Dr.Kienle erstattete und seiner Gesinnung nach deutschnational und antisemitisch ist.

SPD, Oldenburg, 16. Juni (Eig.Drahtb.)

In der Dienstagsitzung des Oldenburgischen Landtags wurde die Beamtenregierung durch die Annahme eines nationalsozialistischen Misstrauensvotums mit den Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen und der Kommunisten gestürzt. Die Sozialdemokratie und das Zentrum enthielten sich der Stimme.

Im Anschluss an die Abstimmung erklärte der Ministerpräsident, dass sich der Landtag schnellstens um die Bildung einer neuen Regierung bemühen möge. Dem bisherigen Kabinett könne nicht zugemutet werden, längere Zeit als Geschäftsministerium zu amtieren.

SPD. Genf, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit von 67 gegen 16 Stimmen hat die Vollversammlung der internationalen Arbeitskonferenz am Dienstag den Entwurf des Abkommens für die Arbeitszeit im Kohlenbergbau in erster Lesung angenommen. Der Text des Redaktionskomitees wurde von dem englischen Bergbauminister Shinwell begründet, der das Abkommen als gemässigt Dokument sozialen Fortschritts bezeichnete.

Die Debatte dauerte den ganzen Tag über. Die Unternehmergruppe wiederholte nochmals ihren Obstruktionsversuch, indem sie verlangte, dass eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden müsse, ob das Abkommen für die ganze Welt oder nur für Europa Gültigkeit habe. Sämtliche Abänderungsanträge wurden jedoch mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt.

Das Abkommen sieht folgende Bestimmungen vor: Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau gilt für sämtliche Kohlenbergwerke. Das Abkommen erstreckt sich auf alle Unternehmen mit Ausnahme solcher, die im Aufsichtsdienst beschäftigt sind. Im Steinkohlentiefbau darf die Dauer der Anwesenheit im Bergwerk einschliesslich der Seilfahrzeit 7,45 Stunden täglich nicht überschreiten. An Sonntagen und gesetzlich anerkannten Feiertagen dürfen Arbeitnehmer im Kohlenbergbau nicht beschäftigt werden. Ausnahme für Arbeitnehmer unter 18 Jahren sind genau festzusetzen. Für rein wirtschaftliche Zwecke kann die zuständige Bergbaubehörde den Unternehmern nach Befragung der Unternehmer- und Arbeiterverbände für das Jahr 60 Ueberstunden im Steinkohlentiefbau zur Verfügung stellen. Diese Ueberstunden müssen mindestens mit 25 Prozent Lohnzuschlag bezahlt werden. Für den Braunkohlentiefbau gelten die gleichen Bestimmungen jedoch mit folgenden Ausnahmen: kollektive Arbeitsunterbrechungen bis zur Höchstdauer von $\frac{1}{2}$ Stunde brauchen auf die Arbeitszeit nicht angerechnet zu werden. Die Zahl der Ueberstunden darf höchstens 75 im Jahr betragen. Ausserdem kann die zuständige Behörde Gesamtarbeitsvereinbarungen zulassen, die höchstens 75 weitere Ueberstunden im Jahre vorsehen. Hierfür sind gleichfalls 25 Prozent Lohnzuschlag zu zahlen. Die Zulassung darf jedoch nicht für den gesamten Braunkohlentiefbau erfolgen, sondern nur für einzelne Bezirke oder Gruben oder wenn besondere geologische oder technische Verhältnisse dies erfordern.

Die Bedingungen gelten nicht für den Stein- oder Braunkohlentagebau. Hierfür finden die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag Anwendung. Die Zahl der zulässigen Ueberstunden darf auch im Uebertagebau nicht als 100 jährlich betragen. Wenn besondere Bedingungen vorliegen, kann die Behörde jedoch tarifliche Vereinbarungen über weitere 100 Stunden zulassen. Es folgt noch eine Bestimmung, dass eine Verschlechterung der Arbeitszeitbedingungen zu Ungunsten der Arbeiter durch die Konvention nicht eintreten darf. Spätestens nach drei Jahren ist eine Revision des Abkommens durch die internationale Arbeitskonferenz möglich.

SPD. Dresden, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtags wandte sich Ministerpräsident Schieck scharf gegen die Notverordnung der Reichsregierung.

Es bestehe, so sagte Schieck, in der Öffentlichkeit Neigung, die Landesregierung für die Notverordnung mitverantwortlich zu machen. Die Länder hätten aber kein Recht, bei Massnahmen auf Grund des § 48 entscheidend mitzuwirken. Er habe aber in einer Besprechung der Ministerpräsidenten, die vor Erlass der Notverordnung stattgefunden habe, Bedenken gegen die Notverordnung geltend gemacht. Damals habe er festgestellt, dass die Reichsregierung von ihrer politischen Linie abweiche, wenn sie den öffentlichen Haushalt dadurch in Ordnung zu bringen suche, dass sie der Volkswirtschaft neue Lasten auferlege. Wenn sie aber neue Lasten nicht glaube vermeiden zu können, dann hätte sie ihre Massnahmen mehr unter die Idee des allgemeinen Volksopfers stellen sollen. Die

Krisensteuer, so wie sie gestaffelt sei, werde dieser Idee nicht gerecht. Er könne es auch nicht als berechtigt anerkennen, dass man den Beamten zum dritten Male ein Gehaltsoffer auferlegt habe. Das sei im Interesse des Staates bedauerlich, weil diese Massnahmen das unentbehrliche Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens gefährdeten. Auch habe er davor gewarnt, die starken moralischen Verpflichtungen zu verletzen, die gegenüber den Opfern des Krieges beständen. Die sächsische Regierung sei für den Fall, dass über den Inhalt der Notverordnung noch nicht das letzte Wort gesprochen sei, bereits vor einigen Tagen bei der Reichsregierung dahin vorstellig geworden, dass die schlimmsten Härten aufgehoben oder gemildert werden. In Betracht käme eine Abänderung der Krisenlohnsteuer, die jetzt vom Bruttoarbeitslohn erhoben werden solle und die Beseitigung der politisch bedenklichen Massnahmen auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung.

Ministerpräsident Schieck erklärte zum Schluss, dass die sächsische Regierung nach der Verfassung verpflichtet sei, die Notverordnung durchzuführen und dass sie selbstverständlich demgemäss handeln werde.

SPD. Warschau, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Anstelle des bisherigen Vizekriegsministers General Konarzewski, der die eigentliche Führung der polnischen Armee im Generalinspektorat übernimmt, ist am Dienstag-Abend General Fabrycy ernannt worden, der bisher zweiter Vizekriegsminister war. Sein Nachfolger ist der bisherige Innenminister General Sladkowski, der für Brest-Litowsk die sogenannte Befriedungsaktion in der polnischen Ukraine und den Terror bei den Sejmwahlen mit verantwortlich ist. Zum Innenminister soll der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Oberst Pieracki ernannt werden.

SPD. London, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch trifft in Southampton der amerikanische Finanzminister Andrew Mellon ein. Als Grund seiner Reise nach England wird der Besuch seines Sohnes in Cambridge angegeben. Tatsächlich aber wünscht Mellon sich über die finanzielle und wirtschaftliche Lage in Europa zu informieren. In Amerika gewinnt nach und nach die Anschauung an Boden, dass in bezug auf die Kriegsschulden und die Reparationen etwas geschehen muss, wenn schwere finanzielle Folgen, unter denen auch Amerika leiden würde, vermieden werden sollen.

SPD. Köln, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Eine von Tausenden besuchte Gemeindearbeiter-Versammlung in Köln protestierte gegen die von der Regierung Brüning erlassene Notverordnung. Gefordert wird die Aufhebung der Bestimmungen für die in den öffentlichen Betrieben im Reich, Staat und Gemeinden beschäftigten Arbeiter, die Verhinderung des ungeheuerlichen Unterstützungsabbaues bei den Erwerbslosen, die schärfste Heranziehung des Besitzes zur Linderung der Notlage der Arbeiter und Massnahmen zur Steigerung der Kaufkraft der weitesten Kreise der Bevölkerung.

Eine von Kommunisten eingebrachte Entschliessung, in der der Generalstreik verlangt wird, lehnte die Versammlung mit grosser Mehrheit ab.

Aus aller Welt

Der lukullische Imperativ.

Ernährung als Wissenschaft - Richtig essen und nicht krank werden - Ernährungsapostel Dr. Winckel kommt in die Provinz.

SPD. Mit Reagenzglas, Mikroskop und Statistik hat die Wissenschaft ihren Einzug in die Küche gehalten. Es mehren sich die Anzeichen einer kommenden Revolution am häuslichen Herd, die Hunderte von übernommenen Vorurteilen und Gewohnheiten über den Haufen werden wird.

Ernste Hintergründe bereiten den Umsturz des Ernährungswesens vor. Die Ziffern des Reichsgesundheitsamtes zeigen, dass Hunderttausende von Menschen jährlich eines allzu frühen Todes sterben oder ihrer Familie, dem Staat und den Kassen durch Krankheiten und Siechtum zur Last fallen, obwohl Aufklärung und Vorsicht das Unheil vermeiden könnte. Krebs, Tuberkulose, Stoffwechselstörungen aller Art werden zu Epidemien.

Die kürzlich in Berlin gegründete "Schule der Ernährung" von Dr. Max Wincke dient dem Gedanken, die richtige Ernährung in ein System zu bringen. Ernährung als Lehrfach, das ist das Prinzip nach dem Dr. Winckel sein Unternehmen leitet, für das ihn die Berliner Gasgesellschaft einen Raum zur Verfügung gestellt hat. Der Unterricht an dem Ernährungsinstitut ist vielseitig und methodisch. "Erwarten Sie nicht", mahnt Dr. Winckel seine Schülerinnen zu Beginn des Kursus, "dass Sie hier eine neue Heilbotschaft empfangen. Wir sind überladen mit Irrlehren und erleben täglich die Propagierung irgend einer neuen verschrobenen Ernährungslehre. Unser Gewährsmann ist nicht irgend ein langmähniger Apostel, sonder der Wissenschaftler. Und nun bitte ich Sie, meine Damen - machen Sie sich zu Beginn unsres Kursus frei von der Ueberzeugung, kochen zu können...."

Von Anfang an plante Dr. Winckel seine "Schule der Ernährung" nicht nur als Berliner Einrichtung. Ein immer dichter werdendes Netz solcher Schulen soll sich über ganz Deutschland ausbreiten, um jeder Interessentin ohne besondere Reise- und Aufenthaltskosten die Teilnahme an den Kursen zu ermöglichen. Das ist eine Arbeit von Jahren, vielleicht sogar von Jahrzehnten. Aber Dr. Wincke glaubt, dass der Erfolg alle Mühe rechtfertigen wird. Schon jetzt zeigt sich, dass das Interesse aller Volks- und Berufskreise für Ernährungsfragen gross ist. Die Teilnehmerinnen der Berliner Kurse setzen sich zusammen aus Hotel- und Krankenhausköchinnen, Krankenschwestern, Medizinerinnen; aber auch viele Hausfrauen sind darunter. Sie alle wollen den Weg finden, kranke Menschen zu heilen und gesunde vor Krankheiten zu schützen.

Eine wahrhaft menschliche Aufgabe.

Brandkatastrophe. In dem kleinen Moselstädtchen Treis ereignete sich in der Nacht zum Dienstag ein schweres Brandunglück. In einem Wohnhaus brach ein Feuer aus, das sich mit unheimlicher Geschwindigkeit auf die benachbarten Gebäude verbreitete. Drei Häuser brannten bis auf die Grundmauern nieder. Während der Löscharbeiten stürzte die Seitenwand eines Hauses. Mehrere Feuerwehrleute wurden schwerverletzt ins Krankenhaus geschafft.

Die abgehackte Hand. Das Schöffengericht Koburg verurteilte den 30jährigen Mechaniker Alfred Schad aus Waldsassen wegen Versicherungsbetrugs zu 1 Jahr Gefängnis. Schad, der ein kleines Mechanikergeschäft betrieb und in Schulden geraten war, hatte sich in der Nacht zum 31. Dezember 1930 die linke Hand abgehackt, um auf diese Weise in den Besitz einer Versicherungssumme von 36 000 Mark zu gelangen.

+ + +
Tod eines Rekordfliegers. Der französische Flieger Paillard, langjähriger Inhaber des Weltrekords im Langstreckenflug, ist an den Folgen einer Blinddarmoperation gestorben.

+ + +
Der Anschlag auf den Dorflehrer. Nähere Einzelheiten des hinterlistigen Ueberfalls auf den Lehrer Teschke in Kelze bei Kassel lassen bei der Tat offensichtlich politische Motive in den Vordergrund treten. Die Burschen, die den Lehrer in der gemeinsten und brutalsten Weise überfielen und zu Boden schlugen, sind, wie nachträglich gemeldet wird, sämtlich politisch rechtsradikal organisiert. Sie gehören den Stahlhelm bzw. der Hitlerpartei an. Lehrer Teschke, der politisch nie hervorgetreten ist, soll mit der Sozialdemokratie sympathisieren. Schon vor einiger Zeit wurde Teschke's Familie das Opfer eines empörenden Attentates. Sein zweijähriger Junge wurde durch Steinwürfe aus den Hinterhalt schwer verletzt.

+ + +
Freitod eines Schwindlers. Der am Montag von der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin wegen fortgesetzten Betruges zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe verurteilte Kaufmann Görs hat sich in der Dienstag-Nacht in seiner Zelle durch Gift das Leben genommen. Die Beamten des Gefängnisses fanden ihn am Dienstag-Morgen tot auf.

+ + +
Schiessende Bahnräuber. Eine Bande von Eisenbahnräubern versuchte am Dienstag zwischen Berka und Dankmarshausen bei Kassel den Waggon eines Eilgüterzugs auszuplündern. Die Räuber öffneten den Wagen und warfen seinen Inhalt auf den Bahndamm. Kriminalbeamte, die im Zuge mitfuhren, wurden auf die Räuber aufmerksam und versuchten sie festzunehmen. Diese sprangen ab, zogen Brownings und beschossen die Beamten, die das Feuer erwiderten. Der Bande gelang es schliesslich zu entkommen, trotzdem einer der Räuber eine Schussverletzung erhalten hatte.

+ + +
Das grosse Los. Der Hauptgewinn der Preussisch-süddeutschen Klassenlotterie, der am Dienstag Nachmittag gezogen wurde, fiel in der zweiten Abteilung auf die Nummer 227 109 nach Berlin. Die erste Abteilung wurde in Westfalen und zwar in Viertellosen gespielt. In Berlin teilen sich acht Gewinner in den Gewinn.

+ + +
Tragödie der Not. Vor dem Posener Amtsgericht hatte sich die Hausangestellte Krawczyk wegen Kindesmords zu verantworten. Sie hatte ihr uneheliches Kind mit einem Holzpantoffel erschlagen und die Leiche im Chausseeegraben verscharrt. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 2 Jahren Gefängnis, wobei es die sozialen Umstände der Tat in Betracht zog; auch befürworteten die Richter ein Gnadengesuch.

+ + +
Milde Richter für Nazihetzer. Das Liegnitzer Schöffengericht verurteilte den Naziwanderredner Josef Heukeshoven, der in einer Versammlung in Jauer den sozialdemokratischen Landrat des Kreises Nimptsch wüst beschimpft hatte, zu 60 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis. Der Sühnetarif für Republikfeinde scheint in Liegnitz unter pari zu liegen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Aerzte und Massennot.

Zur Kundgebung des Kölner Aerztetages.

SPD. In Köln tagt zurzeit die Hauptversammlung des Verbandes der Aerzte Deutschlands. Der Aerztetag wurde eingeleitet mit einem Appell an die Weltöffentlichkeit, worin mit Ernst und Nachdruck hingewiesen wird auf die Verwüstungen der Volksgesundheit durch die mit der Reparationslast und der Wirtschaftskrise verbundenen Massennot. Durch die Auswirkungen der neuen Notverordnung, so betonte der Beauftragte der ärztlichen Spitzenverbände Dr. Haedenkamp-Berlin in seinem Ueberblick über die Fragen der Sozialpolitik, werde der allergrösste Teil des Volkes mit Sicherheit der wirtschaftlichen und sozialen Verelendung entgegengeführt. Gegen die unmittelbare Bedrohung der Arbeits- und Leistungskraft des deutschen Volkes erhebe die deutsche Aerzteschaft ihre warnende Stimme. Am Krankenbett ihres Volkes appellierten die deutschen Aerzte an die Tatkraft der deutschen Regierung und an die Einsicht der Reparationsgläubiger. Die auf den Bestimmungen des Versailler Vertrages begründete internationale Sozialpolitik, die sich den Schutz zur Arbeitskraft und die allgemeine Verbreitung der sozialen Versicherungseinrichtungen zur Aufgabe gemacht habe, müsse jeden Sinn und jede Wirkung verlieren, wenn die Reparationslasten zum fortschreitenden Wirtschaftszersfall der Völker und zu einer unabsehbaren Steigerung der Arbeitslosenziffern führten.

Der Warnung der deutschen Aerzteschaft vor den unheimlichen Folgen der Massennot für die Volksgesundheit müssen vor allem die in ihrer Lebenskraft am meisten gefährdeten werk tätigen Massen beipflichten. Wenn die Aerzte auch der Auffassung sind, dass nicht nur die Kreise der Versicherten, sondern der allergrösste Teil des Volkes überhaupt durch die Auswirkung der Notverordnungen der Verelendung ausgeliefert werde, so liegt es doch klar auf der Hand, dass die proletarisierten Massen, wozu natürlich auch die verarmten Kreise des Mittelstandes gehören, durch die drakonischen Sparmassnahmen der Regierung am meisten gefährdet sind. Den Letzten beißen ja bekanntlich zuerst die Hunde. Die organisierte Arbeiterschaft sieht mit Grauen und Entsetzen, dass die Sozialversicherungsträger ihre bisherige so segensreiche und fruchtbare Tätigkeit auf dem Gebiet der Krankheitsvorbeugung, der Heilbehandlung und der allgemeinen Förderung der Volksgesundheit einstellen müssen. So mancher, dem noch eine rechtzeitige Kur geholfen hätte, wird elend dahinsiechen. Tausende, die heute jeden Pfennig zehnmal wieder einstecken, bevor sie ihn auszugeben wagen, werden nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr rechtzeitig einen Arzt aufsuchen und damit sich selbst ans Messer liefern.

Den von oben her unter Druck gesetzten Krankenkassen bleibt nichts anderes übrig, als schliesslich um jeden Preis auch die Kosten für die Heilbehandlung einzuschränken. Die Notverordnung hat zur Senkung der Unkosten in der Heilbehandlung nichts beigetragen und die Krankenkassen machen aus ihrer Enttäuschung darüber kein Hehl. Unter dem Zwang der Verhältnisse haben sie schon vor längerer Zeit die Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass die Kosten für ärztliche Behandlung im Verhältnis zur allgemeinen Einschränkung der Kassenausgaben zu hoch sind. Diese Mahnung blieb jedoch bei der Ausarbeitung der Notverordnung unberücksichtigt. Wohl hat sich die Regierung vorbehalten, Einfluss auf die Gestaltung der Arzneipreise zu nehmen, allein wie das geschehen soll, ist noch völlig unklar. Das dem Kassenvorstand eingeräumte Recht, für den Schluss eines

Kalendervierteljahres unter Umständen, wenn die Ausgaben für ärztliche Behandlung oder für die Arznei- und Heilmittel das erträgliche Mass überschreiten - bisher musste beides der Fall sein - durch Kündigung der Verträge einen Druck auf die Kassenärzte zwecks Senkung der Ausgaben auszuüben, ist mit soviel Sicherungen zu Gunsten der Aerzte umkleidet, dass praktisch dabei so gut wie nichts herauskommt. Die Leidtragenden werden also die Versicherten sein und die Versicherten haben auch die Folgen der Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen durch die Notverordnung zu tragen. Die Aufsicht über die Finanzgebarung der Krankenkassen ist durch die Notverordnung nur zu dem Zweck verschärft worden, um einem weiteren Leistungsabbau den Weg zu ebnet. Dem Reichsarbeitsminister wird das Recht gegeben, allgemein vorzuschreiben, dass jede Beitragserhöhung bei Krankenkassen der Zustimmung des Oberversicherungsamtes bedarf. Macht der Reichsarbeitsminister von diesem Recht Gebrauch, dann muss eine Kasse auch dann die Zustimmung des Oberversicherungsamtes zu einer Beitragserhöhung einholen, wenn der seitherige Beitragssatz nicht mehr als 6% des Grundlohnes beträgt und auch nicht über 6 oder 7½% des Grundlohnes festgesetzt werden soll. Dazu kommt, dass der Reichsarbeitsminister die Befugnis erhält, die Oberversicherungsämter zur Anordnung einer Aenderung des Beitragsatzes einer Krankenkasse zu bevollmächtigen. Das alles bedeutet praktisch, dass den Kassen das Recht der freien und selbständigen Beitragsfestsetzung auch innerhalb des durch die RVO gezogenen Rahmens genommen wird. Man wird, wenn nötig, mit Hilfe der Oberversicherungsämter die Kassen einfach in eine Zwangslage versetzen. Man wird gewaltsam von oben her das Beitragseinkommen schmälern und die Kassenorgane müssen dann eben sehen, wie sie mit den ihnen noch verbliebenen Mitteln auskommen. Auf deutsch: sie müssen die Leistungen vermindern.

Den Kassen bleibt, wie die "Deutsche Krankenkasse", die Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, betont, nur noch das Recht übrig, sich so unpopulär zu machen wie nur möglich. Das Organ des Hauptverbandes appelliert an den Reichsarbeitsminister, dass nur dort von ihm und den Oberversicherungsämtern zugegriffen werde, wo offensichtlich Kassenorgane sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigen, und das alles unterlassen werde, was zu einer ungerechtfertigten Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes beitrage. Jedenfalls dürfen die berechtigten Ansprüche der Versicherten auf ausreichende und zweckmässige Leistungen nicht verkümmert werden.

SPD. Auf dem Dresdener Verbandstag der Maschinisten und Heizer wurde bei der Aussprache über den Geschäftsbericht u. a. auch lebhaftige Klage über die Arbeitszeit in der Hochseefischerei geführt. Dort bestehe in den Maschinenräumen der Fischdampfer immer noch der 12stündige Dienst. Eine gesetzliche Regelung zur Sicherung einer günstigeren Arbeitszeit für die Kollegen sei unbedingt notwendig.

Zur Unterstützung des Kampfes gegen die Arbeitslosennot und gegen die Bedrohung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften nahm der Verbandstag nach Abschluss des Geschäftsberichts drei Entschliessungen an. Er verlangt darin vor allem Beseitigung der Koalitionsrechtsbeschränkung in der Elektrizitäts-, Gas- und Wassergewinnung und -versorgung sowie Einstellung der Verwendung öffentlicher Gelder für die Technische Nothilfe. Die gesetzliche Einführung der 40-Stundenwoche wird vom Verbandstag für unbedingt notwendig erklärt. Der Vorstand wird beauftragt, in der stromerzeugenden Industrie alles aufzubieten, um die Einführung der viergeteilten Schicht durchzusetzen. Die dreigeteilte sei nicht mehr zeitgemäss; denn sie verlange von den Berufskollegen eine 56stündige Arbeitszeit. Die entstehende Mehrbelastung durch Neueinstellung bei vollem Lohnausgleich könne die Industrie angesichts der niedrigen Lohnkosten der Kilowattstunde leicht tragen. Eine Erhöhung des Strompreises brauche nicht einzutreten. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung müssten alle Kollegen tatkräftig

mithelfen und die Gewerkschaftsaktionen unterstützen. Um die Not der arbeitslosen Kollegen zu lindern, verpflichtet der Verbandstag alle vollarbeitenden Kollegen zur finanziellen Solidarität in der Unterstützung. Der Vorstand soll für eine Weihnachtsbeihilfe zugunsten der Ausgesteuerten Mittel bereitstellen. Für Erneuerung des Verbandsstatuts wurde eine entsprechende Vorlage angenommen. Die Unterstützungsleistungen des Verbandes bleiben erhalten.

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes hat am Dienstag in einer grossen Konferenz - sie war von 350 Führern der freigewerkschaftlichen Beamtenschaft besucht - zur Notverordnung Stellung genommen. Der Protest des Bundesausschusses gegen die Notverordnung, der in einer besonderen Entschliessung zusammengefasst wurde, besagt im wesentlichen:

Der ADB erkennt in Übereinstimmung mit den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten die Notwendigkeit an, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu halten und die Fehlbeträge zu decken, damit die Mittel zur Unterstützung der in grösster Notlage befindlichen Opfer der Wirtschaftskrise beschafft werden können. Die freigewerkschaftlichen Beamten waren und sind bereit, die zu diesem Zweck der Allgemeinheit auferlegten Lasten mitzutragen - unter der selbstverständlichen Voraussetzung, dass eine gerechte Verteilung der Leistungsfähigkeit vorgenommen wird. Diesen Grundsatz sozialer Gerechtigkeit verkehrt die neue Notverordnung in das Gegenteil. Während die bisherige schematische Gehaltskürzung die geringeren Einkommen ungleich stärker belastete, hat man jetzt scheinbar eine progressiv nach oben gestaffelte Kürzung der Gehälter vorgenommen, in Wirklichkeit aber durch Verbindung mit der Herabsetzung des ersten Kinderzuschlages auf die Hälfte die Gehälter prozentual umso stärker belastet, je geringer sie sind. Die stärkere Belastung der in den drei unteren Ortsklassen entbehrt jeder Berechtigung und Begründung und das Fehlen jeder Freigrenze bewirkt, dass sogar die geringen Versorgungsbezüge einer Beamtenswitwe, selbst wenn sie unter 100 Mark monatlich liegen, mit einem Satz von 4 % gekürzt werden, während auf der anderen Seite bei den veranlagten Steuerpflichtigen erst ein Einkommen von 1 Million und mehr mit demselben Prozentsatz zur Krisensteuer herangezogen wird. Durch Sperrvorschriften, die nicht einmal Bestimmungen über das Verfahren und über Rechtsmittel enthalten, sowie durch weiteren starken Druck auf die Gemeinden sollen die Bezüge vieler Gemeindebeamten noch über das Mass der allgemeinen Kürzung hinaus verschlechtert werden.

Diesen gegen die Beamtenschaft gerichteten Massnahmen der Notverordnung sagt der Bundesausschuss den schärfsten Kampf an.

Auch der Deutsche Beamtensbund beschäftigte sich am Dienstag mit der Notverordnung. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung protestiert der Vorstand aufs schärfste gegen die Art, wie die Regierung das Gleichgewicht in den öffentlichen Haushalten und die Erhaltung der sozialen Einrichtungen zu sichern versucht. Ungerecht und unsozial sei die Belastung für viele Volksschichten, insbesondere auch für die Beamten. Besondere Empörung herrsche in der Beamtenschaft über die bei der Gehaltskürzung getroffene Unterscheidung nach Ortsklassen und über den Teilabbau des ersten Kinderzuschlages, die unter allen Umständen wieder beseitigt werden müssten. Der Fortfall der Freigrenze für die neue Gehaltskürzung und die besonderen, als Doppelbelastung wirkenden Abzüge bei den kriegsbeschädigten Beamten müssten als äusserst unsozial verurteilt werden. Als ungerecht werde empfunden, dass bei den Behördenangestellten, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichteten, die volle Kürzung vorgesehen sei.